

2

Ministerratssitzung**Donnerstag, 28. Dezember 1950**

Beginn: 16 Uhr 30

Ende: 19 Uhr

Anwesend: Ministerpräsident Dr. Ehard, Stv. Ministerpräsident und Innenminister Dr. Hoegner, Justizminister Dr. Müller, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Arbeitsminister Dr. Oechsle, Staatsminister Krehle (Arbeitsministerium), Staatssekretär Dr. Oberländer (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Ringelmann (Finanzministerium), Staatssekretär Dr. Guthsmuths (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Maag (Landwirtschaftsministerium).

Entschuldigt: Staatssekretär Dr. Koch (Justizministerium).

Tagesordnung: I. Neujahrsbotschaft. II. Kohlenversorgung. III. Lastenausgleich. IV. Schwerpunktprogramm. V. Arbeitsbeschaffung. VI. Personalangelegenheiten. VII. [Beflagung]. [VIII. Pressekonferenz und Presseempfang]. [IX. Konsularempfang]. [X. Vorstellung des neuen Kabinetts]. [XI. Übernahme von Kosten für die Flüchtlingsfürsorge durch den Bund]. [XII. Fragestunde des Bayerischen Landtags]. [XIII. Fremdenverkehr]. [XIV. Energieversorgung]. [XV. Aufsichtsratsposten von Staatsminister Oechsle].

*I. Neujahrsbotschaft*¹

Ministerpräsident *Dr. Ehard* verliest den Entwurf einer Neujahrsbotschaft der Bayerischen Staatsregierung.

Im Laufe der Besprechung des Textes schlägt Herr Staatssekretär *Dr. Ringelmann* vor, noch einen Satz ungefähr des Inhalts einzusetzen, daß das bayerische Volk und die bayerische Wirtschaft usw. seit der Währungsreform schweren Stößen ausgesetzt gewesen seien, die Tatsache aber, daß diese Stöße ertragen worden seien, auch für die Zukunft zum Optimismus berechtige.

Der Ministerrat stimmt diesem Vorschlag zu und nimmt noch einige kleinere textliche Änderungen vor. Daraufhin wird der Entwurf der Neujahrsbotschaft gebilligt.²

*II. Kohlenversorgung*³

Staatsminister *Dr. Seidel* teilt mit, er habe soeben ein Fernschreiben bekommen, wonach die Tschechoslowakei mit Wirkung vom 1. Januar 1951 alle Kohlenlieferungen nach Bayern einstellen würde, wenn die Amerikaner an dem Verbot der Schrottausfuhr festhalten würden.⁴ Es bestehe keinerlei Möglichkeit, die Amerikaner zu einer Änderung ihres Standpunktes zu bewegen, man müsse deshalb leider mit der Tatsache rechnen, daß die oberfränkische und oberpfälzische Industrie nicht mehr mit Tschechen-Kohle beliefert werde. Wenn es nicht gelinge, sofort Ersatz durch Ruhrkohle zu bekommen, müsse mit einer Arbeitslosigkeit von rund 100000 Menschen im oberfränkischen und oberpfälzischen Gebiet gerechnet werden. Darüber hinaus sei auch die Stromversorgung durch das Kraftwerk Arzberg gefährdet. Heute Abend komme der Bundeswirtschaftsminister

¹ Vgl. Nr. 1 TOP VI.

² Typoskript der Neujahrs-Rundfunkansprache von MPr. Ehard enthalten in StK 15397. Vgl. auch SZ Nr. 1,2. 1. 1951, „Neujahrsbotschaften – ernst gestimmt“.

³ Vgl. Nr. 1 TOP VIII.

⁴ Das hier erwähnte Fernschreiben nicht ermittelt. Die CSR stellte die Kohlenlieferungen nach Nordostbayern zum 1. 1. 1951 ein, obwohl noch im Dezember 1950 ein Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei paraphiert worden war, der die Fortführung der Kohlenlieferungen für 1951 vorsah. Materialien hierzu enthalten in MWi 19556. Ursache des tschechischen Lieferstopps war, daß die ursprünglich vereinbarte Lieferung westdeutscher Waren – vor allem Walzwerkserzeugnisse, Röhren und Maschinen-, aufgrund von alliierten Handelsverboten mit den osteuropäischen Staaten nicht erfolgte. S. hierzu und zur Einschätzung der ökonomischen Folgen aus Sicht der nordostbayerischen Wirtschaft das Typoskript „Die Auswirkungen des Ausfalls der tschechischen Kohlelieferungen nach Nordostbayern unter dem Gesichtspunkt eines westdeutschen Beitrages zur westeuropäischen Verteidigungsbereitschaft“ vom 12. 1. 1951, das die IHK Oberfranken mit Schreiben vom 15. 1. 1951 an MPr. Ehard übersandt hatte (StK 14647).

nach München.⁵ Er habe deshalb am Freitag um 9 Uhr 30 eine Besprechung angesetzt, zu der er je zwei Vertreter der Industrie und der Gewerkschaft eingeladen habe; er bitte auch den Herrn Arbeitsminister, entweder selbst zu kommen oder einen Vertreter zu entsenden. Wenn die Bundesregierung nicht sofort aktiv vorgehen werde, und zwar durch geeignete Schritte auf dem Petersberg, und andererseits sofort Ersatzlieferungen bereitstelle, sei das Bayer. Wirtschaftsministerium nicht mehr in der Lage, die Kohlenversorgung durchzuhalten.

Staatsminister *Dr. Oechsle* weist darauf hin, daß die Arbeitslosenzahl weiter angestiegen sei und Anfang Januar auf ca. 425000 ansteigen werde. Wenn tatsächlich die Industrie in Oberfranken stillgelegt werden müsse, käme man wieder auf einen Arbeitslosenstand von über 500000.

Staatsminister *Dr. Seidel* ersucht in diesem Zusammenhang, Verhandlungen über Kohlenfragen in Zukunft nicht mehr ohne Beteiligung des Wirtschaftsministeriums zu führen. Er habe nämlich erfahren, daß dies in letzter Zeit durch das Finanzministerium geschehen sei.⁶

III. Lastenausgleich⁷

Staatssekretär *Dr. Ringelmann* teilt mit, daß heute der Entwurf des Gesetzes über den Lastenausgleich mit Begründung von der Bundesregierung eingelaufen sei. Er bitte, die Behandlung der Frage aber noch zurückzustellen. Das Finanzministerium werde eine eingehende Zusammenstellung über die Grundsatzfragen machen und diese dann an die Kabinettsmitglieder verteilen.

Staatsminister *Dr. Seidel* weist daraufhin, daß heute, morgen oder übermorgen der Arbeitsstab des Sonderausschusses Lastenausgleich tage,⁸ während am 5. Januar 1951 der Sonderausschuß selbst zusammentreten werde. Er glaube, daß sich der Bundesrat in der nächsten Sitzung noch keinesfalls damit befassen könne.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schlägt vor, in der Woche nach dem 5. Januar im bayerischen Ministerrat eingehend diese Frage zu beraten, nachdem das Gutachten des Arbeitsstabs und des Sonderausschusses vorlägen. Auch die bisher vom interministeriellen Ausschuß in Bayern geleistete Vorarbeit könnte berücksichtigt werden,⁹ sie müsse aber wahrscheinlich nochmals überprüft werden.

Staatssekretär *Dr. Ringelmann* führt aus, das Finanzministerium habe bezüglich der Frage der Erhebung der Lastenausgleichsabgabe grundsätzliche Bedenken, da hier wieder eine Aushöhlung der Finanzverwaltung der Länder drohe. Auch materiell müßte eine Reihe von Anregungen, vor allem in der Frage der Bevorzugungen, gemacht werden und zwar hinsichtlich der Eisenbahnen und Bergbahnen, der Energieunternehmen, der Staatsbäder usw. Von besonderer Wichtigkeit werde aber die Forterhebung der Vermögenssteuer sein; die in dem Entwurf vorgesehene Regelung bedeute praktisch das Ende der Vermögenssteuer für die Länder nach Ablauf von zwei Jahren. Darauf könnten sich die Länder keinesfalls einlassen, ebenso wichtig sei aber, auch die Verwaltung der Lastenausgleichsabgabe in der Hand zu behalten.

5 Prof. Dr. rer. pol. Ludwig Erhard (1897–1977), Nationalökonom und Politiker, 1913–1916 Lehre als Kaufmann in Nürnberg, 1916–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Handelshochschule Nürnberg, 1922 Diplom-Kaufmann, anschließend Univ. Frankfurt, 1925 Promotion, 1928–1942 Mitarbeiter bzw. stellv. Leiter des bis 1938 der Handelshochschule Nürnberg angeschlossenen Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware, 1943–1945 Gründung und Leitung des Instituts für Industrieforschung, 1945 Chef des städtischen Wirtschaftsamtes in Fürth und wirtschaftlicher Berater bei der Militärregierung Mittel- und Oberfrankens, führende Mitarbeit im Ausschuß Geld und Kredit der VAFB., 22. 10. 1945–21. 12. 1946 bayer. Staatsminister für Wirtschaft, 1947 Honorarprofessor Univ. München, 1948/49 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des VWG, 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1966 Bundeskanzler, 1949–1977 MdB (CDU), 1966/67 Bundesvorsitzender der CDU. S. zur Person Erhards auch *Protokolle Hoegner I* Einleitung S. XLIIff. u. S. LV sowie die Biographien von *Hentschel*, *Erhard* und *Mierzejewski*, *Erhard*; ferner *Löffler*, *Marktwirtschaft*. Zum vorliegend angekündigten Besuch des Bundeswirtschaftsministers in München keine archivalische Überlieferung ermittelt.

6 Zum Fortgang s. Nr. 3 TOP I, Nr. 8 TOP XVI, Nr. 23 TOP XXI sowie Nr. 76 TOP VI.

7 S. im Detail MF 79050, 79110, 79111 u. 79112. Vgl. *Kabinettsprotokolle* 1951 S. 85f., 427f. u. 672; *Kabinettsprotokolle* 1952 S. 110–114, 173, 182f., 191 ff. u. 260f.; *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland* Bd. 3 S. 723–745; *Franzen*, *Steuergesetzgebung* S. 140–154; *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 120 TOP VIII/3, Nr. 123 TOP I/3, Nr. 135 TOP I/14, Nr. 137 TOP II. Abdruck von Entwurf und Begründung als BR-Ds. Nr. 1080/50.

8 Zur Errichtung des BR-Sonderausschusses Lastenausgleich und dessen Arbeitsstab s. *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 120 TOP VIII/3, Nr. 123 TOP I/3.

9 Von diesem bayerischen interministeriellen Ausschuß für den Lastenausgleich sind in den einschlägigen Akten (s. o. Anm. 7) nur vereinzelte und verstreute Besprechungsprotokolle überliefert.

Staatsminister *Dr. Schlögl* teilt mit, daß das Landwirtschaftsministerium seine Stellungnahme schon ausgearbeitet habe und dem Finanzministerium zuleiten werde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* betont abschließend nochmals die Notwendigkeit, sobald als möglich im Kabinett zu einer endgültigen Stellungnahme zu kommen.¹⁰

IV. Schwerpunktprogramm¹¹

Ministerpräsident *Dr. Ehard* gibt bekannt, daß er ein Schreiben des Landwirtschaftsministeriums bekommen habe, wonach die Flüchtlingssiedlungskredite bis 31. Dezember 1950 restlos abgerufen seien. Er bitte um Äußerung, ob auch in den anderen Ressorts schon alles Notwendige getan sei, um die Gefahr, daß ein Teil dieser Mittel verfalle, zu beseitigen.

Staatsminister *Dr. Seidel* gibt sodann einen Überblick über die für verschiedene Zwecke vorgesehenen Mittel aus dem Schwerpunktprogramm und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß im wesentlichen über die Beträge noch rechtzeitig verfügt worden sei.

Staatsminister *Dr. Schlögl* macht darauf aufmerksam, daß zum Teil noch Schwierigkeiten infolge des langsamen Arbeitens der Regierungspräsidien bestünden, worauf Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* ihn ersucht, ein entsprechendes Schreiben an ihn zu richten.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* bittet anschließend alle Kabinettsmitglieder, dafür Sorge zu tragen, daß in dieser für die bayerische Wirtschaft wichtigen Frage nichts versäumt werde.

V. Arbeitsbeschaffung

Staatsminister *Dr. Oechsle* stellt fest, daß das Arbeitsministerium im vergangenen Jahr zusammen mit der Obersten Baubehörde die Planung der öffentlichen Notstandsarbeiten mit gutem Erfolg durchgeführt habe. Es sei wohl notwendig, die Planung dieser Arbeiten schon Anfang Januar 1951 vorzunehmen und diese dann beschleunigt durchzuführen.¹²

Staatsminister *Dr. Seidel* gibt zu bedenken, daß mangels der erforderlichen Mittel ein eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm wie im vergangenen Jahr nicht zustande kommen könne. Dagegen sei es zweckmäßig, diejenigen öffentlichen Arbeiten, die im Etat dotiert seien, so zu planen, daß man mit ihnen anfangen könne, sobald es die Witterung erlaube. Im März werde man wohl weithin zu einer Vollbeschäftigung kommen, wenn es natürlich auch immer Wirtschaftszweige geben werde, bei denen Schwierigkeiten bestünden. Er stimme Herrn Staatsminister *Dr. Oechsle* zu, daß die Planung so rasch als möglich durchzuführen sei.

Staatsminister *Dr. Oechsle* schlägt vor, der Obersten Baubehörde die Federführung zu übertragen und daneben Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzministerium zu beteiligen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* ersucht Herrn Stv. Ministerpräsidenten *Dr. Hoegner*, vom Innenministerium gleich in den ersten Januartagen die Sache in die Hand zu nehmen. Dabei wäre es überhaupt zweckmäßig festzustellen, was gegen die Arbeitslosigkeit und für die Sicherung der Arbeitsplätze getan werden könne.

Staatssekretär *Dr. Ringelmann* macht darauf aufmerksam, daß mit dem Bund bereits Verhandlungen hinsichtlich des Wohnungsbauprogramms geführt würden, nachdem der Bund beabsichtige, im Jahr 1951 300 000 Wohnungen zu bauen, von denen 50 000 auf Bayern treffen würden.¹³ Allerdings stehe die Finanzierung noch keinesfalls fest, für Bayern könne man vielleicht mit folgenden Beträgen rechnen:

10 Zum Fortgang s. Nr. 3 TOP II/12, Nr. 4 TOP VI, Nr. 7 TOP I, Nr. 37 TOP V.

11 Zum sogenannten Schwerpunkt-Programm der Bundesregierung vgl. *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 99 TOP II, Nr. 101 TOP II, Nr. 103 TOP I, Nr. 104 TOP I/8.

12 Die von der OBB und dem StMArb geplanten und durchgeführten sogenannten Notstandsarbeiten umfaßten vor allem Wiederaufbau- und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden, der Infrastruktur und auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Wasserversorgung und Wasserentsorgung, insbesondere in strukturschwachen Gebieten wie dem Bayerischen Wald. S. hierzu MArb 2267 u. 2268; ferner MWi 23625.

13 Allgemein zur Wohnungsbaupolitik der Nachkriegsjahre und in der frühen Bundesrepublik vgl. *Schulz*, Wiederaufbau; *Wagner*, Sozialstaat; speziell mit Blick auf Bayern *Hasiweder*, Geschichte.

50 Millionen DM	vom Bund,
15 Millionen DM	aus dem Soforthilfefonds, ¹⁴
75 Millionen DM	aus Umstellungsgrundschulden,

während die ERP-Mittel und die Haushaltsmittel noch fraglich seien. Es müsse eben wieder einmal festgestellt werden, daß die 50 Millionen aus der Baunotabgabe¹⁵ fehlten und es sei zu überlegen, ob nicht statt dessen eine Ersatzsteuer¹⁶ eingeführt werden müsse.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* verliest sodann einen kurzen Bericht der Obersten Baubehörde über eine Sitzung des zuständigen Bundestagsausschusses. Danach könne das Bundesfinanzministerium den erforderlichen Betrag von 500 Millionen DM aus Bundeshaushaltsmitteln für den Wohnungsbau nicht garantieren.

Staatsminister *Dr. Seidel* stellt fest, daß kein eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt werden könne, das nennenswerte zusätzliche Haushaltsmittel vorsehe. Trotzdem wäre es wohl sinnvoll, die von Herrn Staatsminister *Dr. Oechsle* vorgeschlagene Vorarbeit zu erledigen und zwar in der Form eines Programms für öffentliche Arbeiten auf allen Gebieten. Dies zwingt die Ressorts, sich einer gewissen zusammenfassenden Kontrolle zu unterwerfen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stimmt zu und erinnert daran, daß es sich im vorigen Jahr als sehr zweckmäßig erwiesen habe, bei der Besprechung mit den beteiligten Kreisen ein fertiges Programm vorlegen zu können.

In diesem Zusammenhang teilt Staatssekretär *Dr. Ringelmann* mit, daß der außerordentliche Haushalt 480 Millionen DM vorsehe, von denen zunächst 211 Millionen DM nicht gedeckt gewesen seien. Dieser Betrag sei bis jetzt um fünf Millionen DM ermäßigt worden, das Finanzministerium erwarte aus den Steuergutscheinen¹⁷ noch einen Betrag von ca. 100 Millionen DM, so daß ein ungedeckter Rest von 106 Millionen DM bestehen bleibe. Immerhin hätte sich die Lage in den letzten Wochen durch rücksichtslose Sparmaßnahmen gebessert, so daß auch die Verschuldung bei der Staatsbank nicht mehr so drückend sei.

Der Ministerrat beschließt sodann, bei der Vorbereitung des Arbeitsbeschaffungsprogramms wieder wie im Vorjahr dem Wirtschaftsministerium die Federführung zu übertragen.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* sichert zu, sich seinerseits mit der Obersten Baubehörde in Verbindung zu setzen.¹⁸

VI. Personalangelegenheiten

1. Staatssekretär *Dr. Konrad*

Der Ministerrat beschließt, Herrn Staatssekretär a.D. *Dr. Konrad* zum Präsidenten des Obersten Landesgerichts zu ernennen, die Verleihung des Titels Staatsrat aber so lange nicht vorzunehmen, bis die Hebung der Etatstelle auf B4 beschlossen sei.

2. Staatssekretär *Fischer*

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* teilt mit, daß Herr Staatssekretär *Fischer* vor seiner Ernennung Ministerialrat gewesen sei, jetzt aber keine Ministerialratsstelle bei der Obersten Baubehörde frei sei.

¹⁴ Zur sogenannten Soforthilfe vgl. *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 96 TOP VIII.

¹⁵ Zur Abschaffung der sogenannten Baunotabgabe, einer Sonderabgabe auf Immobilien, die der Finanzierung des sozialen Wohnungs- und Siedlungsbaus gedient hatte, s. *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 100 TOP III.

¹⁶ Hier hs. Änderung von MPr. *Ehard* im Registraturexemplar; die ursprüngliche Formulierung hatte gelautet „Junggesellensteuer“ (StK-MinRProt 14).

¹⁷ Zum Entwurf des Gesetzes über Steuergutscheine vom 31. Oktober 1950 (GVBl. S. 223) s. *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 123 TOP II.

¹⁸ Anfang Januar 1951 traf sich der interministerielle Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Behandlung des Arbeitsbeschaffungsprogramms 1951. Zu diesem Ausschuß vgl. auch *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 95 TOP VIII. S. die Vormerkung über die interministerielle Besprechung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, am 5. Januar 1951 (MWi 23625). In thematischem Fortgang s. Nr. 10 TOP IX, Nr. 32 TOP X.

Die Ministerialdirigentenstelle werde mit Ministerialrat Böhm¹⁹ besetzt werden,²⁰ weshalb er vorschlage, Herrn Staatssekretär Fischer zum Ministerialdirektor zu ernennen und die Staatssekretärstelle entsprechend umzuwandeln. Dies könnte ab dem 1. Januar 1951 geschehen, so daß er Herrn Fischer auch von diesem Zeitpunkt ab die Leitung der Obersten Baubehörde übertragen könne.

Der Ministerrat beschließt, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* teilt dazu noch mit, er habe bereits eine Anweisung unterschrieben, wonach die Oberste Baubehörde künftig nicht mehr selbständig darüber entscheiden könne, wo und in welcher Art Bauten errichtet würden; dies müsse vielmehr dem Innenminister Vorbehalten bleiben, damit sich nicht wieder Vorgänge wie z.B. in Geiseltasteig ereignen könnten.²¹

3. Ernennungen

Ministerpräsident *Dr. Ehard* macht darauf aufmerksam, daß alle Ernennungen von Beamten, die unmittelbar den Ministern unterständen, durch den Ministerrat genehmigt²² werden müßten.

4. Ministerpräsident *Dr. Ehard* weist darauf hin, daß sowohl bei der Bundesregierung wie bei den meisten Regierungen der Länder der Pressechef für seine Person an den Kabinettsitzungen teilnehmen könne. Er bitte um Zustimmung, daß auch der Pressechef der Staatskanzlei, Herr Dr. Baumgärtner,²³ in Zukunft an den Kabinettsitzungen teilnehmen dürfe.

Der Ministerrat erklärt sich damit einverstanden.

5. Staatsminister *Dr. Oechsle* teilt mit, er könne Herrn Roßmeier,²⁴ der jetzt aus dem Verkehrsministerium ausscheiden müsse, in zwei bis drei Monaten in das Arbeitsministerium übernehmen. Er bitte um die Zustimmung des Finanzministeriums, ihn vorläufig für zwei Monate auf Werkvertrag zu beschäftigen.

Staatssekretär *Dr. Ringelmann* erwidert, an sich sei eine solche Regelung nicht ganz korrekt, er könne aber in diesem Fall zustimmen.²⁵

VII. [Beflaggung]

Ministerpräsident *Dr. Ehard* teilt mit, daß das Bundesinnenministerium in einem Fernschreiben bekanntgegeben habe, daß am Neujahrstag die Bundesgebäude beflaggt würden. Er sehe eigentlich keinen Grund dafür, warum man in Bayern an diesem Tag die Flaggen hissen sollte.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* stimmt dieser Auffassung zu, worauf beschlossen wird, von einer Beflaggung der staatlichen Gebäude in Bayern am 1. Januar abzusehen.

[VIII.] Pressekonferenz und Presseempfang

19 Dr. jur. et rer. pol. Gustav Böhm (1891–1963), Jurist, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Januar-Mai 1919 Referent beim Staatskommissar für Demobilisierung, München, 1920 Große Juristische Staatsprüfung, 1919–1921 Referent im Staatsministerium für Soziale Fürsorge, 1921/22 Bezirksamtmanndir, 1922–1928 RR im Staatsministerium für Soziale Fürsorge, 1928–1933 als ORR ständiger Stellv. des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern, 1932 RegDir, 30. 3. 1933 Amtsenthebung und Beurlaubung wegen pol. Unzuverlässigkeit, November 1933–1936 ständiger Stellvertreter des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Westfalen in Dortmund, 1936–1939 Direktor und Leiter der Haushalts- und Finanzabteilung der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin, 1939 aus Anlaß der Übernahme der Reichsanstalt in unmittelbare Reichsverwaltung MinRat im Reichsarbeitsministerium, 1941 NSDAP-Mitglied, seit Januar 1947 aushilfsweise Beschäftigung beim Bayer. Statistischen Landesamt, laut Urteil der Spruchkammer Starnberg vom 18. 6. 1947 Einstufung in die Gruppe der Mitläufer, ab 1. 4. 1948 Beschäftigung im StMI als Angestellter, mit Wirkung vom 1. 8. 1948 MinRat StMI (vgl. *Protokolle Ehard* II Bd. 1 Nr. 51 TOP XII und Nr. 52 TOP IX), 28. 2. 1949 Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit, 1. 2. 1951 MinDirig und Versetzung zur OBB (Stellv. des MD), 1. 5. 1954 Senatspräsident am Verwaltungsgerichtshof (Flurbereinigungssenat), Ruhestandsversetzung zum 1. 7. 1956.

20 Zum Fortgang s. Nr. 13 TOP V.

21 Bezug genommen wird auf die Errichtung von Mietwohngebäuden der Staatsforstverwaltung in Geiseltasteig. Wegen des Vorwurfs der luxuriösen Bauausführung und einem zu hohen Kostenaufwand waren im Jahre 1950 ein Landtagsuntersuchungsausschuß eingesetzt und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeleitet worden; letztere wurden Mitte 1951 eingestellt. S. das Schreiben von MD Franz Fischer (OBB) an MPr. Ehard, 18. 6. 1951 (StK 13756). Zur Kritik an der Arbeit der OBB s. im Fortgang Nr. 26 TOP IV, Nr. 28 TOP VI, Nr. 59 TOP XI/a, Nr. 67 TOP XIII.

22 Hier hs. Änderung von MPr. Ehard im Registraturexemplar; die ursprüngliche Formulierung hatte gelautet „vorgenommen“ (StK-MinRProt 14).

23 Zur Person s. die Einleitung S. XXVIII.

24 Nicht ermittelt.

25 Zum Fortgang s. Nr. 32 TOP XIV.

Der Ministerrat beschließt, nach der Abgabe der Regierungserklärung im Landtag eine Pressekonferenz abzuhalten und im Laufe des Monats Januar für die Presse einen Empfang im Prinz-Carl-Palais zu geben.²⁶

[IX.] Konsularempfang

Auf Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten wird beschlossen, ebenso wie im vergangenen Jahr, im Januar 1951 einen Empfang für das Konsularchips in München zu geben, der gleichfalls im Prinz-Carl-Palais stattfinden soll.²⁷

[X.] Vorstellung des neuen Kabinetts

Der Ministerrat beschließt, nach der endgültigen Bildung der neuen Regierung einen Besuch beim Landeskommissar, Professor Shuster, zu machen und diesen sowie die anderen leitenden Herren des Landeskommissariats zu einem kleinen Empfang einzuladen.

[XI. Übernahme von Kosten für die Flüchtlingsfürsorge durch den Bund]

Staatssekretär *Dr. Ringelmann* teilt mit, der Bund scheine die Übernahme von Ausgaben, die das Staatsministerium des Innern, Abt. Flüchtlingswesen, ausgelegt habe, abzulehnen; es handle sich dabei um Mittel für die Flüchtlingsfürsorge. Der Rechnungshof befürchte, daß man mit größeren Beträgen rechnen müsse, die vom Bund nicht übernommen würden.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* fügt hinzu, es handle sich um etwa 20 Millionen DM, die sich hauptsächlich aus Kosten der Lagerverwaltung zusammensetzten. Der Bundesrechnungshof habe diese Beträge beanstandet und wahrscheinlich werde Bayern daran hängen bleiben.

Staatssekretär *Dr. Oberländer* stellt fest, diese hohen Kosten seien dadurch entstanden, daß in vielen Lagern noch Gemeinschaftsverpflegung bestehe, die natürlich wesentlich teurer komme; es sei aber tatsächlich unmöglich gewesen, die Gemeinschaftsverpflegung, die laufend abgebaut werde, in allen Lagern mit einem Schlag aufzuheben.

Im übrigen sei es selbstverständlich auch das Ziel der Flüchtlingsverwaltung, statt Lager Wohnungen zu errichten; es gebe aber einfach Fälle, wo Flüchtlinge, die bisher in Kasernen usw. untergebracht gewesen seien, sofort anderweitig untergebracht werden müßten.²⁸

Staatssekretär *Dr. Ringelmann* meint, es sei zweckmäßig, diese Flüchtlinge übergangsweise in Baracken zu legen, bis die Wohnungen ausgebaut seien.²⁹

[XII.] Fragestunde des Bayerischen Landtags

Im Ministerrat wird Übereinstimmung darüber festgestellt, daß möglichst darauf hinzuwirken sei, die Fragestunde im Landtag vernünftig und sachlich zu gestalten. Es müsse erreicht werden, daß Anfragen mindestens einen Tag vorher den zuständigen Ministerien zugehen, damit sie auch wirklich erschöpfend und abschließend beantwortet werden können.

Staatsminister *Dr. Seidel* macht darauf aufmerksam, daß seine Landtagsreferentin, Frl. Dr. Odörfer,³⁰ stets über die Anfragen informiert sei, die das Wirtschaftsministerium betreffen, sie könnte Ihre Tätigkeit auch

26 Zum Fortgang s. Nr. 3 TOP III, Nr. 4 TOP II. Zur Geschichte und Nutzung des Prinz-Carl-Palais, das nach Kriegsende zeitweise die Bayerische Akademie der Schönen Künste und die Staatliche Antikensammlung beherbergte und das ab 1968 Dienstsitz des Bayer. Ministerpräsidenten – allerdings nur zu repräsentativen Zwecken – war, s. *Götz/Haller*, Prinz-Carl-Palais.

27 Zum Fortgang s. Nr. 3 TOP III, Nr. 4 TOP II.

28 Bezug genommen wird hier vor allem auf die seit Spätherbst 1950 durchgeführten Räumungen von Kasernen, die im Zuge der Verstärkung der westalliierten Truppenpräsenz in der Bundesrepublik auf Anweisung der AHK durchgeführt werden mußten. Vgl. hierzu *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 127 TOP I, Nr. 130 TOP XII, Nr. 132 TOP III; zum Fortgang hierzu s. Nr. 13 TOP VII.

29 In thematischem Fortgang s. Nr. 20 TOP VIII.

30 Dr. phil. Sieglinde *Odörfer* (1916–2008), seit 1946 Angestellte im StMWi, 1953 RR, 1960 ORR, 1964 RegDir, 1969 MinRat, seit 1960 zweite Ehefrau von MPr. Hans Ehard.

entsprechend auf die anderen Ressorts ausdehnen. Am besten würden sich die Landtagsreferenten der übrigen Ressorts, die ja auf Grund des letzten Ministerrats aufgestellt werden sollten,³¹ mit ihr in Verbindung setzen.

[XIII.] *Fremdenverkehr*³²

Staatsminister *Dr. Seidel* weist darauf hin, daß bisher Staatssekretär Geiger besonders mit der Förderung des Fremdenverkehrs beauftragt gewesen sei. Er halte es nicht mehr für notwendig, in Zukunft einen solchen Beauftragten aufzustellen, da das Wirtschaftsministerium mit seinen Referenten diese Aufgabe ohne weiteres durchführen könne. Nach wie vor sei es aber notwendig, eine vernünftige Zusammenfassung der Fremdenverkehrsverbände herbeizuführen, was bisher immer noch nicht geschehen sei; er werde aber in nächster Zeit einmal mit Herrn Präsidenten Dr. Horlacher darüber sprechen.³³ Wenn eine vernünftige Regelung gefunden werde, könnte sich dann das Wirtschaftsministerium auf die Förderung des Fremdenverkehrs beschränken.

[XIV.] *Energieversorgung*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erinnert daran, daß er schon vor längerer Zeit eine Besprechung aller beteiligten Kreise über die Fragen der Stromversorgung angeregt habe.³⁴

Staatsminister *Dr. Seidel* antwortet, er habe bisher noch nicht sehr viel in dieser Angelegenheit unternommen, da er die Bildung des neuen Kabinetts habe abwarten wollen. Jetzt sei es aber an der Zeit, etwas zu tun und zwar müssen vor allem die Kompetenzen abgegrenzt werden.³⁵

Staatssekretär *Dr. Ringelmann* stimmt zu und betont, daß sich bisher das Ministerium des Innern und die Oberste Baubehörde, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium mit diesen Fragen befaßt hätten; dabei hätten Gegensätze zwischen der Obersten Baubehörde und dem Innenministerium bestanden, die sich oft recht nachteilig ausgewirkt hätten.³⁶

[XV.] *Aufsichtsratsposten von Staatsminister Oechsle*

Staatsminister *Dr. Oechsle* fragt an, ob er als Minister den Vorsitz im Aufsichtsrat der Bank für Wirtschaft und Arbeit niederlegen müsse.

Staatsminister *Dr. Hoegner* erwidert, daß auf Grund der einschlägigen Verfassungsbestimmungen Herr Minister Dr. Oechsle den Vorsitz im Aufsichtsrat niederzulegen habe.³⁷

Zum Abschluß des Ministerrats wünscht Ministerpräsident *Dr. Ehard* allen Kabinettsmitgliedern ein gutes und erfolgreiches neues Jahr.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Hoegner* dankt für die Glückwünsche und erwidert sie im Namen des Kabinetts.

Der nächste Ministerrat, in dem die Tagesordnung der Bundesratssitzung besprochen werden soll, wird auf Dienstag, den 2. Januar 1951, nachmittags 18 Uhr, festgesetzt.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Hans Ehard

31 Vgl. Nr. 1 TOP II.

32 Vgl. *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 95 TOP XIII.

33 Gemeint ist der Präsident des bayer. Landesfremdenverkehrsverbandes. – Dr. rer. pol. Michael *Horlacher* (1888–1957), 1920–1925 MdL (BVP), 1924–1933 MdR (BVP), 1945/46 Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Bayern, 1946 Mitglied und Präsident der Bayer. Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946–1950 MdL (CSU) und Präsident des Bayer. Landtags, 1949–1957 MdB (CSU), 1946–1957 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU. Vgl. *Balke*, Präsidenten S. 10–87; *Kirchinger*, *Horlacher*.

34 Vgl. *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 120 TOP V.

35 Die hier von StM Seidel monierten Kompetenzkonflikte betrafen die erheblichen Zuständigkeitsüberschneidungen in der bayer. Energieversorgung: es konkurrierten hier die OBB, der Landeslastverteiler, die Energieversorger – allen voran das Bayernwerk das StMI sowie das StMWi. S. hierzu *Protokolle Ehard* II Bd. 3 Nr. 112 TOP V Anm. 90; *Deutinger*, *Lebensfrage* S. 44–50.

36 Zum Fortgang s. Nr. 8 TOP XVIII.

37 Bezug genommen wird auf Art. 57 BV; zu dessen Wortlaut s. Nr. 1 TOP III/5 Anm. 29.

Der Generalsekretär des
Ministerrats
Im Auftrag
gez.: Levin Frhr. von Gumpenberg
Regierungsdirektor

Der Leiter der
Bayerischen Staatskanzlei
gez.: Dr. Karl Schwend
Ministerialdirigent